



Stadtallendorf, den 15.03.2007

- Es gilt das gesprochene Wort! -

Haushaltsrede der SPD - Stadtverordnetenfraktion für den Haushalt des Jahres 2007

Anrede,

zum Beginn meiner Ausführungen möchte ich allen danken, die an der Erstellung des Haushaltes 2007 und der beiden Wirtschaftspläne für 2007 mitgewirkt haben.

Mit diesem Haushalt liegt uns der zweite in Form der Doppik vor, und damit der erste, dessen Vorgänger bereits ein doppischer Haushalt war. Damit haben wir in diesem Zahlenwerk nun aber auch gar nichts mehr von den Größen und Beurteilungsmaßstäben, die uns über Jahre, mich sogar über mehr als dreißig Jahre, in der Stadtverordnetenversammlung begleitet haben.

Keine Angst, ich will und werde hier nicht sentimental werden. Die Umstellung ist gewollt, von uns beschlossen und in der Sache die eindeutig richtige Entscheidung. Diese Fragen will ich hier gar nicht erneut aufwärmen.

Befassen will ich mich dagegen damit, dass wir uns hier in der Stadtverordnetenversammlung jetzt und in Zukunft mit anderen Betrachtungsmaßstäben befassen müssen. Diese will ich zunächst einmal umreißen:

Als erstes ist festzustellen: Wir können Haushalte und ihre Qualität nicht mehr an den konkreten Festsetzungen für einzelne Ausgaben- oder Einnahmepositionen festmachen. Seit wir einen Haushalt als Produkthaushalt führen, ist die Frage der einzelnen Zahlengrößen unbedeutend geworden. Die Produktverantwortlichen – und das sind wohlgerne nicht wir Stadtverordnete, sondern die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung – haben das Recht und die Pflicht, im Verlauf des Haushaltsjahres die Entwicklung bei den einzelnen geplanten Ausgaben und Einnahmen zu verfolgen und in eigener sachgerechter Entscheidung aneinander anzupassen und dabei Aufgaben hinsichtlich ihrer Erledigung zurückzustellen, wenn es die Finanzsituation verlangt. Aber auch Aufgaben vorzuziehen oder neue in Angriff zu nehmen, immer dann, wenn die konkrete Situation dies angemessen scheinen lässt.

Dies wird, nach der Natur der Sache, meine Damen und Herren, nicht mit uns abgesprochen, nicht von uns bestimmt. Es gibt im Allgemeinen nicht einmal einen Nachtragshaushalt. Haushaltsüberschreitungen sind nicht möglich, sofern im Produkt irgendwo noch

Gelder vorhanden sind. Wir haben dies in den letzten Prüfungen zu unseren Haushaltsrechnungen schwarz auf weiß lesen und feststellen können.

Damit wird das Finanz- und Haushaltsgebaren unterjährig zu einem Selbstläufer, der jedenfalls eins nicht tut: Die Erkenntnissphäre der Stadtverordneten zu erreichen.

Als zweites ist festzuhalten, dass sich auch die Frage der Beurteilung von Krediten nachhaltig verändert hat. Früher waren Kredite so geschaffen, dass mit der Kreditermächtigung und der Aufnahme die Maßnahme soweit klar war, dass dann die Zahlung der Kreditkosten und die Verzinsung und Tilgung erfolgte, so lange, bis man alles getilgt hatte oder bis man vorzeitig genug Bargeld hatte, um den Kredit abzulösen. Und nicht getätigte Kreditermächtigungen waren nach zwei Jahren erloschen.

Heute laufen die Dinge anders: In unseren Eigenbetrieben wird – unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten völlig begrüßenswert – auf die Aufnahme von an sich notwendigen Krediten verzichtet, sofern die Geldbestände im laufenden Jahr ausreichend sind. Damit werden aber ausstehende Kreditaufnahmen kumuliert, die irgendwann fällig werden. Beispielsweise dann, wenn die damit zu tätigen Rückstellungen aufgelöst werden. Daraus ergibt sich, dass in den Eigenbetrieben Kreditbedürfnisse und Kreditaufnahmen nicht unbedingt korrespondieren, aber einmal getätigte Kreditermächtigungen zu einem ganz anderen Zeitpunkt zum Zuge kommen können.

Und im städtischen Haushalt ist die Lage nicht eindeutiger. Getätigte Kredite werden zwar noch in klassischer Form ausgewiesen und geführt. Aber der Umgang mit ihnen ist durchaus facettenreicher als bisher. Konnte man in früheren Jahren Kredite nur vorzeitig tilgen, wenn entsprechende Bargeldbestände vorhanden waren, so kann man jetzt, unabhängig von der eigenen Kassenlage, Kredite einfach ablösen und diese Gelder dann in den Finanzplan überführen und dort unter dem allgemeinen Finanzbedarf verstecken. So geschehen in unserer Stadt vor einem Jahr. Es war – und ist zukünftig – damit möglich, aus dem nichts ohne Geld Kredite vermeintlich abzulösen. Was, so frage ich Sie, meine Damen und Herren, hat dann die Betrachtung von Krediten noch für eine Bedeutung?

Der dritte Punkt, den es zu berücksichtigen gilt, sind die Folgen der Nichtübertragbarkeit von Haushaltsmitteln, sowohl in der Einnahme, wie in der Ausgabe. Während man früher späte Entwicklungen im Haushaltsjahr weitgehend nur zur Kenntnis nehmen konnte und sich die Auswirkungen hauptsächlich im Folgejahr abwickeln ließen, sind jetzt alle Veränderungen unterjährig in der Auswirkung. Damit kommen Veränderungen nicht mehr in den Entscheidungsbereich von uns Stadtverordneten, wir finden sie eigentlich nur in der veränderten Bilanz zu Beginn des nächsten Haushaltsjahres wieder.

Und das ist ja gerade bei uns eines der markantesten Phänomene: Die Frage der Steuereinnahmen unterlag in den letzten Jahren einer – ich will es mal so formulieren – Veränderungsstruktur, die man dramatischer kaum hätte inszenieren können. Millionen umfassende Verschlechterungen bei Aufstellung und Verabschiedung von Haushaltsplänen folgten ebenfalls Millionen umfassende erhöhte Zahlungen im Verlauf des Jahres, die den gesamten Beurteilungsrahmen vollständig veränderten. Meine Damen und Herren, wie soll das ehrenamtliche Mitglied der Stadtverordnetenversammlung damit angemessen umgehen? Da ist jede einfache Antwort falsch.

Zusätzlich zu diesen, so zu sagen systemimmanenten, veränderten Strukturen gibt es spezifische Punkte im Haushalt, die für uns den Umgang mit ihm bestimmen.

Der gravierendste offene Punkt ist die Tatsache, dass es in diesem Haushalt noch keine tatsächlich mit der Stadtverordnetenversammlung abgestimmten Zielvereinbarungen gibt und es auch an tatsächlich aussagekräftigen Kenngrößen fehlt. Zielvereinbarungen und Kenngrößen sind aber in einem doppelten Haushalt die Größen, über die die politische Ebene steuernd und bestimmend in die Haushaltsführung eingreift. Wir haben, um es einmal drastisch zu formulieren, nicht die notwendigen Voraussetzungen, um unseren Aufgaben als Stadtverordnete bei der Haushaltsverabschiedung nachzukommen.

Dazu kommt, dass auch in diesem Haushalt immer noch das System der Umstellung regiert. Ohne die Frage nach Verantwortlichkeit aufzuwerfen bleibt doch festzustellen, dass auch dieses Jahr viele Einnahmen und Ausgaben an anderer Stelle im Haushalt zu finden als im letzten Jahr. Das ist zwar vielleicht systematisch korrekt, macht es einem Stadtverordneten aber fast unmöglich, die Veränderungen zum letzten Haushaltsjahr annähernd exakt festzustellen.

Meine Damen und Herren, was bedeuten diese veränderten Rahmenbedingungen für uns hier und heute bei der Verabschiedung des Haushaltsplans? Für meine Fraktion bedeuten sie, dass nicht in der klassischen Art die Beurteilung dieses Haushalts erfolgen kann. Weder sind einzelne Ansätze belastbar, noch lassen sich die Finanzentscheidungen einer klaren Beurteilung zuführen, eventuelle Veränderungen eröffnen keinen Entscheidungsspielraum für uns. Zudem kommt, dass in diesem Haushalt noch nicht alle Elemente vorhanden sind, die einen doppelten Haushalt beurteilen helfen. Damit ist man insgesamt zurückgeworfen auf die elementarsten Kenngrößen, nämlich die Frage der – wie es früher hieß – Ausgeglichenheit des Haushalts. Heute sprechen wir von einem Überschuss, den der Ergebnishaushalt erwirtschaftet. Dieser zusammen mit dem Finanzmittelüberschuss des Finanzplans ergeben ein positives Gesamtvotum für den Haushalt 2007, dem sich meine Fraktion prinzipiell nicht verschließen will.

Doch lassen Sie mich bitte, bevor ich zu dem Votum meiner Fraktion komme, noch die Anmerkungen zu dem vorliegenden Haushaltsplan machen, die generelle Punkte betreffen.

Meine Damen und Herren, es ist sehr zu bedauern und erschwert die Lagebeurteilung der Stadt Stadtallendorf, dass die Eröffnungsbilanz noch nicht erstellt ist. Wir verkennen nicht, dass es keine leichte Aufgabe ist, diese Eröffnungsbilanz zusammen zu fassen, gerade auch vor dem Hintergrund nicht konstanter Vorgaben aus Wiesbaden, aber wir sind der Meinung, dass nach einem kompletten Haushaltsjahr in neuer Form und nun auch schon drei Monaten im neuen Jahr diese Bilanz langsam vorliegen sollte. Wir hoffen, dass die Verwaltung dies mit dem nötigen Nachdruck angeht. Hier ist der dafür zuständige Mitarbeiter von anderen Arbeiten zu entlasten, damit endlich die Eröffnungsbilanz vorgelegt werden kann.

Nicht nachzuvollziehen ist es, dass ein Kassenkreditrahmen von 10 Mio. EURO veranschlagt wird, obwohl der Haushalt eigentlich keinen zusätzlichen Finanzmittelbedarf hat. Hier werden wir in der Zukunft noch entsprechende Aufklärung verlangen.

Im Personalbereich weist der Haushalt in der Differenz zwischen Ist-Besetzung und den neuen Soll-Zahlen eine Art stille Reserve aus. Hier möchte meine Fraktion, dass es in Zukunft zu einer akkurateren Darstellung des tatsächlich benötigten Personals kommt. Dann sind Begriffe wie sparsame Personalführung mit einer anderen Aussagekraft versehen.

Auf das Problem der Ausweisung der am Ende des Jahres tatsächlich zutreffenden Beträge an Gewerbesteuer bin ich schon einmal kurz eingegangen. Ich will gar nicht die Frage aufwerfen, ob man von Seiten der Stadt in dieser Frage etwas unternehmen kann, um diese Ausschläge zu vermeiden. Aber es ist eine Frage an uns alle, auf welches Niveau an Gewerbesteuer wir uns mittel- und langfristig einstellen wollen. Und an diesem Niveau müssen wir den generellen Mittelbedarf des Haushalts orientieren. In dieser Hinsicht fehlen bislang alle perspektivischen Überlegungen.

Aber dieses Orientieren über den Tag hinaus scheint auch an anderer Stelle nicht der besondere Leistungsschwerpunkt dieser Verwaltung mit Bürgermeister Vollmer an der Spitze zu sein. Wir Sozialdemokraten machen das vor allem an zwei Bereichen fest, zu denen wir Ihnen heute auch Anträge vorgelegt haben.

Das erste Problemfeld ist die Vermarktung von Gewerbeflächen. Wir haben im Gewerbegebiet Nordost einen Bereich, dessen Flächen in unserem Besitz sind und der spätestens nach Bau der A 49 eine Toplage hat. Der Bürgermeister will mit der Erschließung, und damit mit der Möglichkeit der Vermarktung, warten bis sich mehrere Bewerber, die ausreichend viele Arbeitsplätze schaffen, dafür gefunden haben.

Meine Damen und Herren, so wird das nicht sinnvoll funktionieren. Denn wenn wir erst beginnen, die Flächen zu erschließen, wenn mehrere Bewerber da sind, dann ist der Zeitlauf einfach zu lang. Denn wenn einer investieren will, dann will er nicht noch zwei oder drei Jahre warten, bis endlich die Erschließung vorhanden ist. Dann will er zügig mit den Maßnahmen starten. Deshalb ist es aus Sicht der SPD zwingend notwendig, mit der Erschließung des Gewerbegebietes jetzt zu beginnen. Jetzt, damit man die Zeit hat, die Planung und Realisierung ohne Hektik und Zeitdruck durchzuführen. Jetzt aber auch, weil in den Stadtwerken, die für die Erschließungsfragen hauptsächlich zuständig sind, der finanzielle und belastungsmäßige Rahmen gegeben ist. Ohne Zeitdruck können diese Maßnahmen laufen. In guter Qualität, und somit geeignet, dann potentiellen Investoren Gewerbeflächen vollständig erschlossen anzubieten. Dies wäre für meine Fraktion ein unverzichtbarer Schritt auf dem richtigen Weg.

Das zweite Problemfeld sehen wir Sozialdemokraten in der unzulänglichen Vorbereitung bei investiven Maßnahmen. Hier sind wir es gewohnt, in diesem Hause immer nur über den Bedarf für eine konkrete Investition zu reden. Völlig unbeachtet bleibt dabei meistens die Frage, welche Folgekosten mit der Investition verbunden sind. Denn diese Folgekosten müssen nicht einmalig bei einer eventuell gerade günstigen Finanzlage bereitgestellt werden, sondern sie fallen Jahr für Jahr an, in guten wie in schlechten Zeiten der Stadt.

Damit ist die Orientierung an den tatsächlichen Folgekosten bei der Entscheidung über eine Investition die einzig verantwortbare. Und, Meine Damen und Herren, wir möchten, dass diese Orientierung verbindlich und möglich wird, indem, wie unser Antrag fordert, in Zukunft Folgekosten bei Investitionsentscheidungen mit angegeben werden müssen. Es wird dann unsere – sicher nicht leichte Aufgabe sein – diese Informationen angemessen zu bewerten und in unsere Entscheidungen einzubeziehen.

Diese beiden von uns beantragten Entscheidungen bringen aus der Sicht meiner Partei an zentralen Stellen die Situation in unserer Stadt weiter. Deshalb sind sie für uns auch entscheidend für unser Abstimmungsverhalten. Aber dazu komme ich später noch.

Zunächst einmal möchte ich noch einige weitere Punkte des Haushalts bzw. der Wirtschaftspläne ansprechen.

Für den speziellen Bereich des Straßenbaus ist meine Fraktion der Meinung, dass die Entscheidungen über Prioritäten nicht zweifelsfrei nachvollziehbar sind. Hier erachten wir es als notwendig, dass durch ein umfassendes Straßenkataster die Dringlichkeiten intersubjektiv festgestellt werden. Damit ist dann auch sichergestellt, dass nicht beim noch Vorhandensein von Mitteln nur bedingt nötige Maßnahmen zur Realisierung gelangen.

Meine Damen und Herren, wenn Sie sich auf Seite 25 des Haushalts ansehen, wie sich die Zuschüsse an Vereine entwickeln, dann sollten wir uns kritisch mit der Frage auseinandersetzen, ob die damals gefassten Sparbeschlüsse zur Vereinsförderung immer noch probat sind. Alle reden von der Bedeutung des Ehrenamtes, alle reden davon, dass die demographischen Veränderungen ein Gegensteuern verlangen. Aber wir alle hier in der Stadtverordnetenversammlung lassen zu, dass die Vereine mit ihrer wichtigen Arbeit immer weniger Unterstützung von uns erhalten. Hier sollten wir einmal in Ruhe darüber nachdenken, ob das noch im Sinne des gesellschaftlichen Ganzen ist, oder ob es nicht auch hier heißt umzusteuern.

Ein ähnliches Problem ist die Frage, wie wir mit der Sportförderung und der Frage von Kostenmieten im Eigenbetrieb Dul umgehen. Waren wir bisher gezwungen, auf Grund rechtlicher Beschränkungen einen speziellen Weg dabei zu beschreiten, so sind wir jetzt frei in der Grundsatzentscheidung. Und deshalb sollte eine klare, für die Vereine verlässliche Linie festgelegt werden, die über den Tag hinaus Bestand hat.

Und ich will noch eine letzte kleine Anmerkung machen: Auch in diesem Jahr sind keine Mittel für ein Stadtmuseum im Haushalt veranschlagt. Es geht dabei nicht um Millionenbeträge, sondern um die notwendigen Mittel, dass noch zu Zeiten, zu denen Zeitzeugen leben, die Würdigung der Nachkriegszeit in Stadtallendorf erfolgt. Die Gespräche des Verkehrsvereins zeigen die große Resonanz, auf die Geschichte in unserer jungen Stadt trifft. Und vielleicht kann man sich selber daran erinnern, dass wir in 2010 fünfzig Jahre Stadtrechte begehen oder feiern, wie auch immer. Und zumindest dieses Datum sollte uns einige Bemühungen hinsichtlich unserer Geschichte sinnvoll erscheinen lassen.

Meine Damen und Herren, ich habe zu zweien unserer Anträge bereits Ausführungen gemacht, ich will jetzt auch den dritten noch ansprechen.

Über den Bau des Funktionsgebäudes im Stadion ist in dieser Stadtverordnetenversammlung schon mehrfach gesprochen und auch heftig diskutiert worden. Es hat sich in der Vergangenheit für die Verwirklichung der Baumaßnahme eine Linie ergeben, die zwar im Widerspruch zur Meinung meiner Fraktion war, die aber in Übereinstimmung mit dem TSV war. Dies will ich jetzt im Nachhinein gar nicht noch einmal aufrollen. Es geht meiner Fraktion um die zukünftige Abwicklung der Baumaßnahme.

Ich will dazu etwas grundsätzlicher werden: Ich glaube alle hier in der Stadtverordnetenversammlung sind sich in folgenden Punkten einig: Das Funktionsgebäude macht mit allen seinen drei Bauabschnitten Sinn und wir als Stadt waren und sind nicht in der Lage, alle drei Bauabschnitte gleichzeitig mit städtischen Mitteln zu finanzieren. Soweit dürfte Übereinstimmung bestehen. Wahrscheinlich können wir uns auch noch verständigen, wenn wir sagen: Je früher alles realisiert ist, desto besser.

Aber, Meine Damen und Herren, wenn dies Konsens unter uns ist, dann sollte man sich doch darauf verständigen können, dem Vorschlag des TSV zu folgen: Er bekommt von der Stadt 350.000 EURO, mit diesem Betrag verwirklicht er dann alleine den zweiten und den dritten Bauabschnitt. Unter Einbeziehung der ihm möglichen Eigenleistungen, der ihm möglichen Sponsorentätigkeiten und unter Befolgung der für ihn geltenden rechtlichen Rahmenbedingungen, die anders sind als bei der Stadt Stadtallendorf.

Dies kommt die Stadt nicht teurer, als wenn sie den zweiten Bauabschnitt, wie geplant, finanziert und zu dem dritten, für den sie sich ja nicht verantwortlich fühlt, dann vielleicht nur noch die 10 % Zuschuss gibt, mit der wir Investitionen Dritter fördern. Und der Verein wäre weitaus schneller in der Situation eines kompletten Funktionsgebäudes.

Bei soviel offensichtlichem Vorteil für dieses Angebot des TSV wären wir höchst unklug, nicht darauf einzugehen. Deshalb haben wir das zu unserem dritten Antrag gemacht. Und wir bieten Ihnen auch die Finanzierung der ersten Rate dafür: Verwenden wir die Gelder, die für die Schaffung eines neuen Festplatzes vorgesehen sind, und widmen diese für das Funktionsgebäude um. Damit könnte der TSV mit der Baumaßnahme beginnen, der Restbetrag würde spätestens 2008 bereitgestellt. Und wir hätten gleichzeitig noch die Möglichkeit, für die Maßnahme „Bau eines neuen Festplatzes“ die von meiner Fraktion geforderte Folgekostenberechnung anzustellen und so auf einer qualifizierteren Basis über die Realisierung zu entscheiden. Wie wir finden wäre das ein quasi genialer Entscheidungsschritt. Deshalb hoffen wir auf Ihrer aller Zustimmung zu diesem Antrag.

Meine Damen und Herren, damit komme ich zurück auf die Gesamtbetrachtung der uns vorliegenden Zahlenwerke. Wie bereits ausgeführt sind die Beurteilungsstrukturen sehr aufs Elementare reduziert. Und unter dieser Betrachtung sind alle drei vorliegenden Pläne geeignet, ihnen eine Zustimmung zuteil werden zu lassen.

Allerdings sind bei solchen elementaren Beurteilungsmustern auch die anderen Elemente der Behandlung der Pläne von Bedeutung: Wir sind überzeugt, dass mit unseren Anträgen innerhalb der Strukturen der Pläne Verbesserungen herbeigeführt werden, ohne materiell eine Belastung der Pläne darzustellen. Der Umgang mit diesen Anträgen zeigt, ob man sich auf eine Struktur unverkniffenen Umgangs miteinander einzustellen bereit ist, oder ob man weiterhin meint, die städtischen Haushaltspläne sind allein die Sache des Kämmers. Wir werden uns jedenfalls an der Reaktion auf unsere Anträge orientieren.

Für die folgenden Abstimmungen bedeutet dies: Wir werden dem Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Dul zustimmen.

Dem Wirtschaftsplan der Stadtwerke und dem Haushaltsplan der Stadt mit allen Anlagen sind wir bereit zuzustimmen. Allerdings nur dann, wenn unsere Anträge eine Berücksichtigung finden. Anderenfalls würden wir mit einer Ablehnung reagieren.

Ich danke Ihnen für Ihr geduldiges Zuhören.